

## **Rede des Außenministers der Republik Belarus Vladimir Makei in der 76. Sitzung der UN-Generalversammlung (27.09.2021)**

Sehr geehrter Herr Vorsitzender,

Sehr geehrte Damen und Herren,

Vor genau zwei Jahrzehnten wurden die Organisation der Vereinten Nationen und der UN-Generalsekretär mit dem Friedensnobelpreis ausgezeichnet.

Bei der Preisverleihung sagte der ehemalige Generalsekretär Kofi Annan: „Wir sind durch das Feuer in das dritte Jahrtausend eingetreten“.

Leider haben wir es seitdem nicht geschafft, das Feuer völlig niederzukämpfen.

Wir alle befinden uns schon seit einigen Jahrzehnten in einer langwierigen und beispiellosen Phase der globalen Turbulenz und Unberechenbarkeit.

Dies ist das logische Ergebnis der Tatsache, dass unser Planet weitgehend außerhalb des Systems und der Verpflichtungen funktioniert, die durch die UN-Charta in den universellen Prinzipien des Völkerrechts verankert sind.

Heute wird die Welt von dem wirtschaftlichen Egoismus, den politischen Ambitionen, der Erpressung, den imperialen Gewohnheiten, den Krisen, den Konflikten und dem inszeniertem Chaos regiert.

Die unaufhörlichen Versuche der einzelnen Länder, den souveränen Staaten künstliche Schablone der sozialen und wirtschaftlichen Entwicklung aufzuzwingen, die barbarische Sanktionspolitik der missliebigen Regierungen gegenüber, der wirtschaftliche Terrorismus und die Rückkehr der Welt zu den Elementen der Blockkonfrontation – all das hat wenig mit einer gerechten und harmonischen Weltordnung zu tun, nach der wir seit Jahrzehnten streben. Das ist ein direktes Indiz von einem obsessiven, kranken Wunsch, die Konfrontation in der Welt aufzuheizen.

Die offene Einmischung von politischen Akteuren, die sich als Orakel betrachten, in die inneren Angelegenheiten anderer souveränen Staaten ist bereits zur Norm in der internationalen Koexistenz von Nationen geworden.

Die negative Dynamik im Bereich der globalen Sicherheit wächst unvermindert unter anderem infolge der hybriden Kriege, der böswilligen und verbrecherischen Nutzung der modernen Informationstechnologien, die Extremismus und Terrorismus fördern, sowie infolge der Informationsfälschungen. Heute kann man mit Hilfe von elektronischen Geräten den inneren Frieden und die Ruhe in jedem Staat gefährden, sowie seine Führung entmachten.

Darüber hinaus befindet sich die Welt schon seit mehr als anderthalb Jahren in Geiselhaft der COVID-19-Pandemie. Sie hat Sterben von Millionen Menschen sowie nichtumkehrbare soziale und wirtschaftliche Verluste verursacht, viele negative globale Prozesse enthüllt.

Wir unterstützen völlig den im Rahmen der Weltgesundheitsorganisation stattfindenden Prozess der Verbesserung von WHO-Kapazitäten im Bereich der Bekämpfung der Notsituationen im Gesundheitsbereich.

Gleichzeitig unterstreichen wir absolute Bedeutung von der Nichtzulassung der Politisierung dieses Themas, einschließlich der Erforschung der Ursachen für die Entstehung vom Coronavirus.

Im Laufe der letzten Jahre akzentuiert Belarus ständig die Aufmerksamkeit der Weltgemeinschaft auf die Notwendigkeit eines neuen globalen Sicherheitsdialogs. Diese Frage ist nicht nur gereift, sie ist schon überreift!

Dieses Format der Kommunikation soll die Hauptaufgabe lösen – eine neue effiziente und wirklich gerechte internationale Ordnung zu schaffen.

Wir fordern die großen Mächte auf, einen solchen Dialog zu starten, ihre Verantwortung für das Schicksal des Planeten zu erkennen und ihre Zivilisationsmission zu verwirklichen.

Es ist auch wichtig, über die wirtschaftliche Komponente der neuen Ordnung nachzudenken.

Leider entspricht die wirtschaftliche Globalisierung Interessen aller Menschen auf dem Planeten nicht. In diesem Zusammenhang sehen wir in den regionalen Integrationsprozessen ein enormes Potenzial für die globale Wirtschaft. Wir nennen dieses Vorgehen „die Integration der Integrationen“.

Im Mai dieses Jahres veranstaltete Belarus in der Partnerschaft mit Barbados und der Welthandelskonferenz ein Online-Treffen auf der hohen Ebene zum Thema der Nutzung von der interregionalen Integration bei der Verwirklichung der Ziele für nachhaltige Entwicklung. Die Leiter der großen regionalen Wirtschaftsorganisationen haben die Idee der Stärkung eines solchen interregionalen Zusammenwirkens aktiv unterstützt.

Im Jahr 2021 begehen wir das wichtige Datum in der Geschichte von Belarus und unserer Bruderstaaten – der 80. Jahrestag des Beginns des Großen Vaterländischen Krieges. Die Gräueltaten der Nationalsozialisten haben weltweit Tod von Millionen Menschen verursacht. Während der Kriegsjahre starb ein Drittel der Bevölkerung von Belarus im Kampf gegen die faschistischen Eroberer und ihre Gehilfen, die den Völkermord gegen unser Volk begangen.

Mit großem Bedauern beobachten wir heute gefährliche Tendenzen der Verzerrung von moralischen und rechtlichen Bewertungen der Ereignisse des Zweiten Weltkrieges, der rechtlichen Gleichstellung von Opfern und Henkern, von Befreiern und Aggressoren, der Infragestellung von Beschlüssen des Nürnberger Tribunals.

Wir treten konsequent und entschlossen gegen jeden Versuch ein, die Nationalsozialisten und ihre ungeheuerlichen Verbrechen zu rechtfertigen. Gerade aus diesem Grund wurde in diesem Jahr in Belarus ein neues Gesetz verabschiedet, das die strafrechtliche Verantwortung für die Rehabilitation des Nationalsozialismus vorsieht. Im Zusammenhang mit den Fakten des Völkermords am belarussischen Volk in den Jahren des Großen Vaterländischen Krieges wurde auch das entsprechende Strafverfahren eingeleitet.

Als einer der Gründungsstaaten der Vereinten Nationen wird Belarus auf der internationalen Bühne die Lösung dieser Frage anstreben, um an die Grundprinzipien der Gründung der UNO zu erinnern.

Übrigens, einzelne Verbrecher – diejenigen, die Verbrechen gegen das belarussische Volk begangen haben und dessen Blut sie auf den Händen haben – leben bis jetzt in aller Ruhe in einigen Nachbarländern. Darüber hinaus werden sie dort als Helden geehrt.

Trotz der allseitigen Forderungen nach Stärkung von Sicherheit, Multilateralismus, Solidarität und gegenseitigem Beistand, die jedes Jahr innerhalb dieser Mauern zu hören sind, erreichte heute die Welt den höchsten Grad an Konfrontation.

Auch Belarus wurde widerwillig in den Abgrund dieses geopolitischen Krieges einbezogen.

Unser Land bleibt seit mehr als einem Jahr das Ziel des militanten Drucks des kollektiven Westens. Und das ist nur darum, weil es nicht gelungen ist, das perfekt ausgefeilte Szenario der nächsten „Farbrevolution“ pünktlich zu den Präsidentschaftswahlen in Belarus umzusetzen. Heute ist ein massiver Hybridkrieg gegen Belarus in allen Richtungen entfesselt.

Überraschend ist die Raffinesse der Autoren, schöne, aber heuchlerische Beinamen zu erfinden, um ihr Handeln zu rechtfertigen – „Maßnahmen zur Unterstützung der Demokratie“, „sektorale Beschränkungen“ oder „Förderung des Wohlstandes des Volkes“ und „der Souveränität des Staates“.

Ihr Wesen ist jedoch offensichtlich: Der Westen kann sich immer noch mit der Wahl der Mehrheit der Belarussen nicht abfinden, weil diese Wahl der belarussischen Wähler die Pläne einiger Strategen durchkreuzt hat. Der Blitzkrieg mit dem Ziel des Machtwechsels in Belarus ist gescheitert. Zudem verlor der Westen sehr schnell die „Straße“ mit ihren extern organisierten Proteststimmungen. Die Rechnung hat sich nicht bewahrheitet. Belarus entwickelt sich konsequent und erfolgreich weiter und geht seinen eigenen, unabhängig gewählten Weg.

Heute ist das belarussische Volk in seiner Wahl nach einem strategischen Kurs zum Aufbau eines starken, souveränen und wohlhabenden Staates einig. Darauf zielt die inklusive Verfassungsreform ab, die in Belarus vollendet wird und an der alle Bevölkerungsgruppen des Landes teilhaben.

Um Belarus weiter zu dämonisieren, es als Spannungsquelle in der Region darzustellen und sein destruktives Vorgehen gegen unseren Staat zu rechtfertigen, fabrizierte der Westen eine Konfliktsituation mit Flüchtlingen an der Westgrenze von Belarus und vergaß dabei seine internationalen Verpflichtungen sowohl in Bezug auf unser Land, als auch in Bezug auf die Herkunftsländer der Flüchtlinge.

Heute versuchen Millionen von Flüchtlingen aus allen Richtungen in das satte Europa zu gelangen, um sich vor Hunger und Katastrophen zu retten, die in bestimmten Ländern und Regionen von demselben Europa und dem Westen als Ganzes verursacht wurden.

Aber wie sich herausstellte, wartet in Europa niemand auf sie. Es ist bereits so weit gekommen, dass Flüchtlinge im benachbarten Polen und in den baltischen Staaten nicht nur gezielt geschlagen, sondern auch getötet werden, ihre Leichen werden dann nachts heimlich über die Grenze auf belarussisches Territorium geschleppt. Das sind keine Einzelfälle mehr, es ist zur Verhaltensnorm für unsere westlichen Nachbarn geworden.

Ist das keine Spitze des Zynismus und der Blasphemie der Menschenrechtsschützer, die sich selbst auf einer höheren Zivilisationsstufe sehen und anderen beizubringen versuchen, wie sie leben sollten!

Allerdings gewinnt das Flüchtlingsthema wieder an Relevanz, aber infolge der verantwortungslosen Politik des kollektiven Westens. Afghanistan ist ein direkter Beleg dafür.

Und in diesem Zusammenhang lohnt es sich nicht, die Verantwortung einem anderen in die Schuhe zu schieben und Belarus zu beschuldigen, einen hybriden Krieg gegen die Europäische Union zu entfesseln, wie darüber von diesem hohen Podium die Führungspersönlichkeiten Polens, Litauens,

Lettlands und einiger anderer Länder schamlos gelogen haben. Es ist auch einem einfachen Menschen klar: Belarus mit 10 Millionen Einwohnern kann objektiv nicht nur einen „hybriden Krieg“, sondern auch einen anderen Krieg mit der EU mit ihrer 500 Millionen Einwohnern führen, selbst wenn es die Muskeln von Arnold Schwarzenegger hätte.

Seit April dieses Jahres schlagen wir der Europäischen Union vor, Konsultationen zum Thema illegale Migration durchzuführen, es gibt aber keine Reaktion. Darüber hinaus hat die Europäische Union früheren Vereinbarungen entgegen die Finanzierung aller Projekte zur Bekämpfung der illegalen Migration eingestellt. Wenn man auf einen Dialogvorschlag mit dem Bau eines „eisernen Vorhangs“ aus Stacheldraht antwortet, legt sich die ganze Schuld auf diese Auch-Baumeister.

Wir haben uns immer an die Politik der guten Nachbarschaft gehalten und werden es auch weiterhin tun, die auf der einfachen Weisheit beruht: „Nachbarn sind uns von Gott gegeben!“.

Belarus war und ist zu einer vorteilhaften Zusammenarbeit mit allen Staaten verpflichtet – auch mit denen wir scharfe Meinungsverschiedenheiten haben. Wir werden unsere Beziehungen jedoch auf den Prinzipien des Respekts und der Gleichheit aufbauen, ohne Erpressung und Diktatur.

Belarus war schon immer an der Spitze der Bemühungen zur Bekämpfung des Menschenhandels, sowohl auf nationaler als auch auf internationaler Ebene. In diesem Jahr wird Belarus im Dritten UN-Ausschuss in breiter Zusammenarbeit mit den gleichgesinnten Staaten die traditionelle Resolution „Verbesserung der Koordinierung der Anstrengungen zur Bekämpfung des Menschenhandels“ einleiten. Diese Resolution ist ein Schlüsselement im Spektrum der kollektiven internationalen Anstrengungen zur Förderung der Stabilität in der Welt.

Wir fordern die Staaten auf, als Mitverfasser der belarussischen Resolution aufzutreten und ihre Verabschiedung zu unterstützen. Wir begrüßen es, dass im November dieses Jahres in der UNO eine Veranstaltung auf hoher Ebene zum Thema Bekämpfung des Menschenhandels stattfindet.

Sehr geehrte Damen und Herren!

Ein anderes Thema, das aufgrund der Spekulationen darum bereits zum Hals heraushängt, ist das Thema Menschenrechte. Auf den ersten Blick scheint es, eine positive Agenda für alle zu sein. Heute sind aber die Menschenrechtsfragen nicht nur ein gefährliches Spielzeug in den Händen ungeschickter und kurzsichtiger Politiker, sie sind zu einer echten Waffe gegen unerwünschte und ungehorsame Länder geworden. Demokratie, die nach den Mustern des kollektiven Westens ausgeschnitten und in verschiedenen Ländern der Welt aufgezwungen wurde, hat niemandem gutgetan, sondern im Gegenteil – Chaos und Instabilität gesät.

Das bereits erwähnte Afghanistan ist ein frisches Beispiel für eine solche gedankenlose Politik von mehreren so genannten „Zitadellen der Demokratie“, aber die Auswirkungen dieser Politik liegen heute auf den Schultern der gesamten Weltgemeinschaft. Selbst solch ein Demokrat wie Frankreichs Präsident Macron sollte vor einem Monat zugeben, dass es unmöglich sei, die Demokratie von außen aufzudrängen, auch mit den Waffen.

Die Versuche einzelner, wie man sie nennt, entwickelter Länder, das Urheberrecht auf Demokratie zu monopolisieren, Niveau der Demokratisierung anderer Länder willkürlich zu bestimmen und beleidigende Etiketten auf souveräne Staaten anzuhängen, ähneln gerade den Methoden der Nazis,

die auch die Welt auf diejenigen, die herrschen sollten, und diejenigen, die Sklaven sein sollten, teilten.

Eine weitere beliebte Technik der westlichen Staaten bleiben weiterhin einseitige restriktive Maßnahmen. Ohne sich mit dem Wesen der Prozesse in diesem oder jenem Land auseinanderzusetzen, greifen verantwortungslose Politiker, wahrscheinlich aus mangelnder Fantasie, automatisch zur bereitstehenden geschliffenen Sanktionsaxt, wenn ihnen etwas nicht gefällt.

Die Schädlichkeit einer solchen Politik ist seit langem bekannt: die Anwendung einseitiger Einschränkungen verletzt das Völkerrecht und schädigt das gesamte System der internationalen Beziehungen unersetzlich, erhöht das Konfliktpotenzial und die Feindlichkeit in den zwischenstaatlichen Beziehungen.

Belarus bekundet seine Solidarität mit den anderen Ländern, die durch Sanktionspolitik unter Druck gesetzt werden. Wir unterstützen das brüderliche Volk Kubas, das sich seit vielen Jahren infolge den voluntaristischen Willen eines Staates in einer ungerechten Wirtschaftsblockade befindet.

Es ist offensichtlich, dass zu den Hauptopfern von einseitigen Sanktionsmaßnahmen einfache Bürger werden.

Die Einschränkungen in Handels-, Währungs-, Banken- sowie Transportbereichen wirken sich auf den Wohlstand der Menschen negativ aus, unterdrücken die Entwicklung der privaten Initiative, beeinträchtigen die Bildungsmöglichkeiten, gefährden die Ernährungssicherheit.

Die einseitigen sektoralen Sanktionen gegen die größten Exportstaaten von lebenswichtigen Rohstoffen, einschließlich Kalidünger, verursachen nicht nur die Knappheit dieser wertvollen Produktion auf dem Weltmarkt, indem die Preise hochgetrieben werden, sondern drohen direkt den einfachen Menschen in den anfälligen Ländern, vor allem in Afrika, Asien und weiteren Orten der Welt. Es genügte einfach den Reden von Staatsvertretern aller Kontinente zuzuhören, die in diesen Tagen in der Halle der Generalversammlung vorgetragen wurden.

Schon heute hungern weltweit etwa eine Milliarde Menschen, und wegen der Kurzsichtigkeit eines Haufens von Staaten, die die einseitigen wirtschaftlichen Einschränkungen gegen die sämtlichen Wirtschaftssektoren im Ernährungsbereich verhängen, kann das Essen noch vielen Millionen Menschen ausgehen.

Der Einsatz von willkürlichen finanziellen und wirtschaftlichen Sanktionen als Instrument des politischen Drucks muss für immer und ewig abgeschafft werden. Und das muss auch zum Arbeitsbereich der UNO gehören.

Herr Vorsitzender,

Die Organisation der Vereinten Nationen hat zwar den Auftrag, eine Schlüsselrolle bei der Bewältigung von unseren gemeinsamen Herausforderungen und Bedrohungen zu spielen.

Aber gerade die Tatsache, dass die UNO öfter zur „Theaterbühne“ für die Auftritte einzelner Staaten und nicht zu einer Plattform für gemeinsames Handeln wird, ist besorgniserregend.

Die UNO hat den Weg der weiteren Kommerzialisierung ihrer Agenda eingeschlagen, so dass sie immer mehr der westlichen Politik ähnelt. Die Denkweise der UNO nähert sich zunehmend zu der des Westens und missachtet die wichtigen Prinzipien der Solidarität und Multilateralismus.

Im Zusammenhang mit dem UN-Motto „leave no one behind“ geht Belarus davon aus, dass die Respektierung des Konsenses und die Berücksichtigung der Meinungen von jedem einzelnen Staat Vorrang haben.

Es ist auf eine weitere besorgniserregende Tendenz hinzuweisen. Es lässt sich in der letzten Zeit unter einem wohlanständigen Vorwand, das bessere Funktionieren der UN-Generalversammlung zu fördern, ein destruktives Vorgehen einiger Staaten zu merken, das auf die unverbindliche Deutung und die Revision der etablierten Ordnung dieses Gremiums gerichtet ist.

Die gezielte Arbeit im Rahmen der so genannten „Förderung der zivilgesellschaftlichen Stimmen“ in der Generalversammlung macht keine Ausnahme. Wir halten diese Tätigkeit für den Versuch, den NGOs (die übrigens mit Unterstützung von einigen interessierten Ländern gegründet und aufgezogen sind) den Stellenwert zu verleihen, der den souveränen Mitgliedsstaaten der UNO gleichgestellt ist.

Das ist nachdrücklich inakzeptabel. Ich möchte alle an das Grundprinzip der UN-Tätigkeit erinnern: „One state - one vote“.

Wir treten gegen „Verwässerung“ der Souveränität der UN-Mitgliedstaaten und Verschaffung von Marionettenmitgliedern in Form von Nichtregierungsorganisationen auf, die im Stande sein könnten, die Meinungen der eigenständigen Staaten zu übertönen. Die unkontrollierte Überschwemmung des UN-Systems mit den NGOs-Meinungen lässt nicht nur keine ihrer Stimmen berücksichtigen und sogar hören, sondern erschwert jede Einigung, die der Generalversammlung jedes Jahr ohnehin äußerst schwerfällt. Die Zivilgesellschaft soll sich an der Arbeit der UNO auf der Grundlage des bestehenden Verfahrens beteiligen.

Herr Vorsitzender,

In einem seiner Äußerungen hat Martin Luther King eine wichtige Weisheit hervorgehoben, die heutzutage mehr denn je gefordert ist: „Wir müssen lernen, entweder als Brüder miteinander zu leben oder als Narren unterzugehen“.

Die Welt braucht heute mehr denn je Solidarität, gegenseitige Hilfe und Mobilisierung der gemeinsamen Anstrengungen, um alle Auseinandersetzungen zu überwinden.

Um keine Narren zu werden und die Welt ins Chaos eines weiteren Krieges nicht zu stürzen, der das letzte in der Geschichte der Menschheit wäre, fordern wir alle auf, ihre Weisheit zu demonstrieren. Die Weisheit und der Mut, auf eigene Ambitionen zu verzichten, um die Hoffnungen zu befriedigen, welche die Delegierten der Konferenz von San Francisco vor 76 Jahren auf uns gesetzt haben, gewillt, ein System der stabilen und vorhersehbaren internationalen Beziehungen einzurichten.

Ich bedanke mich bei Ihnen.